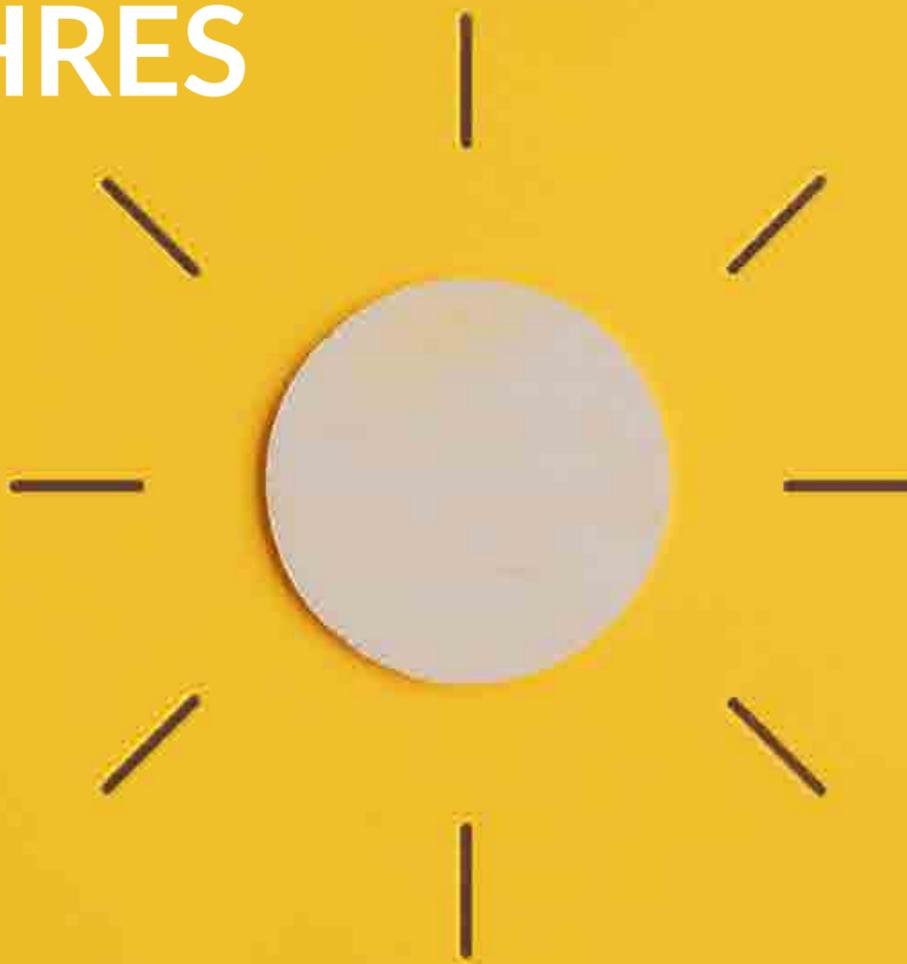


DIE LICHTBLICKE DES JAHRES



Rückblicke auf 2022
und Ausblicke ins
neue Jahr

Österreichische Post AG,
MZ 03Z034897 M
Vereinigung der österreichischen Industrie,
Schwarzenbergplatz 4, 1030 Wien



IV-WM-STUDIO
Die Fußball-WM aus
ökonomischer Perspektive

Seite 4



ENERGIEKOSTEN
Wettlauf der nationalen
Maßnahmen

Seite 5



OBERÖSTERREICH
Die Chancen
des grünen Wandels

Seite 11

EU-Lieferkettengesetz: Gut gemeint, aber schlecht gemacht

Der EU-Rat hat seine Position Anfang Dezember verabschiedet. Leider bleiben Praktikabilität und Berücksichtigung der unternehmerischen Realitäten im internationalen Handel auf der Strecke.

Beim EU-Wettbewerbsfähigkeitsrat stimmten die Mitgliedsstaaten mehrheitlich für die Annahme des Richtlinientextes, Österreich hat dem Entwurf nicht zugestimmt. „Selbstverständlich befürwortet die Industrie die Intention der EU-Kommission, verantwortungsvolles und nachhaltiges Verhalten von Unternehmen in ihren internationalen Geschäftsbeziehungen zu fördern. Allerdings war der Text noch nicht reif für eine Abstimmung. Wesentliche Fragen wurden nicht geklärt

und die Folgewirkungen dieser Richtlinie wurden nicht zu Ende gedacht. Wir sind überzeugt, dass es mehr Zeit gebraucht hätte, um Themen wie die Sicherung der Energieversorgung zu gewährleisten und einen ausgereiften Text zu verabschieden, der auch in der Praxis angewendet werden kann“, sagt IV-Präsident Georg Knill.

Kontrolle der gesamten Wertschöpfungskette ist realitätsfern

„Die Rahmenbedingungen müssen so ausgestaltet sein, dass sie praktikabel und im

unternehmerischen Alltag für alle Unternehmen entlang der Lieferkette umsetzbar sind“, so Knill weiter. Die Kontrolle der gesamten Wertschöpfungskette up- and downstream, wie im aktuellen Entwurf vorgesehen, geht weit über den direkten Einflussbereich von Unternehmen hinaus und ist realitätsfern, unpraktikabel und stellt für viele Unternehmen eine unerfüllbare Anforderung dar. Die Regelungen sollten sich jedenfalls lediglich auf die Lieferkette an sich beziehen. Nun ist es entscheidend, dass sich das Europäische Par-

lament der offenen Fragen annimmt und sich konstruktiv und ohne ideologische Scheuklappen mit den Realitäten der Unternehmenspraxis in im globalen Geschäft auseinandersetzt.

Das Lieferkettengesetz darf nicht dazu führen, dass Unternehmen sich aufgrund hoher Risiken aus bestimmten Märkten zurückziehen oder Ziele wie die Kreislaufwirtschaft und Energiesicherheit durch überschießende Sorgfaltspflichten und unklare Haftung unterlaufen werden.



LEITBETRIEBE IM AUSTAUSCH MIT MINISTER KOCHER

Auf Einladung von IV-Präsident Georg Knill fand ein „High Level Round Table Leitbetriebe“ mit Wirtschaftsminister Martin Kocher statt. Vor dem Hintergrund der multiplen Herausforderungen für die Unternehmen standen die Themen Energie, Fachkräfte und Forschungs- und Technologiepolitik im Zentrum des Austausches. In ihrer Symbiose mit vielen tausend KMU generieren Industrie-Leitbetriebe hohe Multiplikatoreffekte in der Volkswirtschaft – eine Zusammenarbeit, die den Wohlstand in unserem Land mitbestimmt, denn sie verantworten rund ein Viertel der heimischen Wertschöpfung.

Erste European Digital Innovation Hubs in Österreich gestartet

In den vergangenen Wochen haben mit AI5Production, Applied-CPS und EDIH innovATE drei der vier European Digital Innovation Hubs in Österreich ihre Arbeit aufgenommen. Im Jänner folgt bereits der Vierte.

In Zukunftstechnologien wie künstlicher Intelligenz, High Performance Computing und Cybersecurity liegt ein Schlüssel für Innovation und effizientere Produktion.

Damit neue Technologien schneller und besser in Unternehmen und im öffentlichen Bereich umgesetzt und angewandt werden können, starten in ganz Europa „European Digital Innovation Hubs“ (EDIH). Drei der vier in Österreich geplanten Hubs haben bereits ihre Arbeit aufgenommen. Zu ihren zentralen Aufgaben zählen der kostenlose Zugang zu technischem Fachwissen, Versuchslaboren,

Beratung und Schulungen, die Unterstützung bei der Investorensuche, das Vernetzen von Anbietern und Anwendern sowie der Aufbau eines Innovationsökosystems.

Unterstützung bei Industrie 5.0

Der Kick-off zum größten österreichischen Digital Innovation Hub „AI5Production“ fand am im November im Haus der Industrie statt. Unter der Koordination der TU Wien haben sich 17 Organisationen - Universitäten, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, Industrieunternehmen und Intermediäre

- aus Wien und Oberösterreich mit dem Ziel zusammengeschlossen, heimische Produktionsbetriebe bis 3.000 Mitarbeitenden in allen Aspekten der Digitalisierung zu unterstützen. Das reicht von kostenlosem Zugang zu Testinfrastruktur bis zur Unterstützung bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten. Inhaltlich bietet der Hub anwendungsorientierte Expertise zu Industrie 5.0 in den Bereichen digitale Produktion, Eco-Design, Cyber-Security und KI für industrielle Anwendung an.

Die anderen österreichischen Hubs sind der „Applied-CPS“, dessen Themenfelder im Kontext von cyber-physischen Systemen liegen, der „EDIH innovATE“ mit dem Fokus auf Land-, Forst-, Holz- und Energiewirtschaft sowie der „Crowd in Motion“-Hub mit der Zielsetzung, die digitale Transformation der alpinen Tourismus- und Sportindustrie voranzutreiben.

Europaweit plant die Europäische Kommission die Errichtung eines initialen Netzwerkes von 136 EDIH, das in weiterer Folge erweitert werden soll. Die Fördermittel dafür stammen zur Hälfte aus dem Digital Europe-Programm und zur Hälfte aus nationaler Co-Finanzierung, in Österreich vom

Wirtschaftsministerium. Insgesamt stehen in den nächsten drei Jahren rund 17 Mio. Euro für die österreichischen EDIH zur Verfügung.



Beim Kick-off des EDIH „AI5Production“



Ein klarer Blick auf die wichtigen Zukunftsfragen



Unsere Prinzipien zu Demokratie, Sicherheit und Wertschöpfung werden infrage gestellt. Wir müssen unseren Blick für strategisch wichtige Fragen schärfen – und handeln!

Das Jahr 2022 hat viele Dinge infrage gestellt, die wir längst als selbstverständlich angenommen hatten: Der russische Angriffskrieg ist an die unmittelbaren politischen Grenzen des großen Friedensprojekts EU herangerückt, deren Mitgliedsländer humanitäre Hilfe, aber auch Waffen senden und Verteidigungsbudgets aufstocken. Freiheit und Demokratie müssen sich in diesem Jahr besonders behaupten, denn hier wird auch ein Krieg gegen unsere Sicherheitsordnung und unser liberales Demokratieverständnis geführt. Auf der anderen Seite stellen Teuerung und Energiekrise auch unser Wirtschaftssystem auf eine harte Probe. Das europäische Wohlstandsprinzip aus hochqualifizierten Arbeitskräften, Innovation und billiger Energie wird gerade aus den Angeln gehoben.

Was wir brauchen, ist ein klarer Blick auf das, was jetzt (!) wichtig ist, um diese Zeitenwende gut zu bewältigen und gestärkt in die Zukunft gehen zu können. Erste Schritte zur teilweisen Kompensation der hohen Energiekosten, Unterstützung bei der grünen und digitalen Doppeltransformation der Industrie und Senkung der Lohnkosten sind heuer bereits gelungen. Aber es braucht weit mehr als das.

Auf europäischer Ebene muss so schnell wie möglich eine Entkopplung von Strom- und Gaspreis gelingen, damit wir nicht unser blaues Wunder erleben, wenn im Frühjahr die langfristigen Verträge zahlreicher energieintensiver Unternehmen auslaufen.

Schafft es Europa nicht, muss national gegen-gesteuert werden – siehe Deutschland. Österreich braucht hier schnellstens Wettbewerbsgleichheit.

Gleichzeitig dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, Europa eine starke Position auf dem gerade im Umbruch befindlichen geopolitischen Parkett zu sichern. Uns muss es gelingen, die Gratwanderung zwischen den hohen Qualitäts-, Sicherheits- und Umweltstandards, für die Europa und Österreich in der ganzen Welt durchaus geschätzt wird, und (!) internationaler Wettbewerbsfähigkeit auch unter dem Druck aktueller Krisen zu meistern. Das bedeutet exzellente Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung, Innovation und Handel. Beschränkt sich Europa auf die moralische Belehrung des Rests der Welt, wird sich das nicht ausgeben.

Ein zentraler Baustein der Lösung dieser Herausforderungen ist Bildung. Vor allem junge Menschen müssen aktiv am Wirtschaftsleben teilnehmen, die Mechanismen hinter Wertschöpfung und Wohlstand verstehen und sich eine informierte politische Meinung bilden können. Die Grundlagen dafür liegen in der Bildung und hier wurden heuer wichtige Weichen in Österreich gestellt, um Digitalisierung, Wirtschaftswissen und Verständnis für Technik tiefer in den Lehrplänen zu verankern.

Ich denke, gerade am Jahresende und angesichts der aktuellen Herausforderungen braucht es Zuversicht: Ich bin überzeugt,

dass Europa und Österreich weiterhin die Kraft haben, die aktuellen Krisen zu bewältigen und gestärkt aus ihnen hervorzugehen: Indem wir unsere Kräfte bündeln, unsere Potentiale aktivieren, zwischen Wichtigem und Unwichtigem unterscheiden und Zusammenhalt zeigen.

Ihr

Christoph Neumayer,
IV-Generalsekretär

IV-MEINUNG



„Gerade in konjunkturschwachen Zeiten ist Innovation ein wichtiger Wachstumsimpuls für die Zukunft.“

Martin Kocher,
BM für Arbeit und Wirtschaft



„Der längere Verbleib im Erwerbsleben weitet nicht nur das Arbeitsangebot aus, sondern bringt auch für das öffentliche Budget einen Vorteil.“

Gabriel Felbermayr,
Direktor WIFO



„Wenn wir von den Gefahren der Datennutzung sprechen, müssen wir auch darüber sprechen, welche Gefahren entstehen, wenn wir Daten nicht nutzen.“

Helga Nowotny,
Rat für Forschung und Technologieentwicklung

Die Redaktion weist darauf hin, dass Redaktionsschluss der vorliegenden Ausgabe der iv-positionen der 5. Dezember war. Aktuelle Informationen über spätere Entwicklungen finden Sie unter: www.iv.at

AKTUELLES IN KÜRZE

POSTING DES MONATS

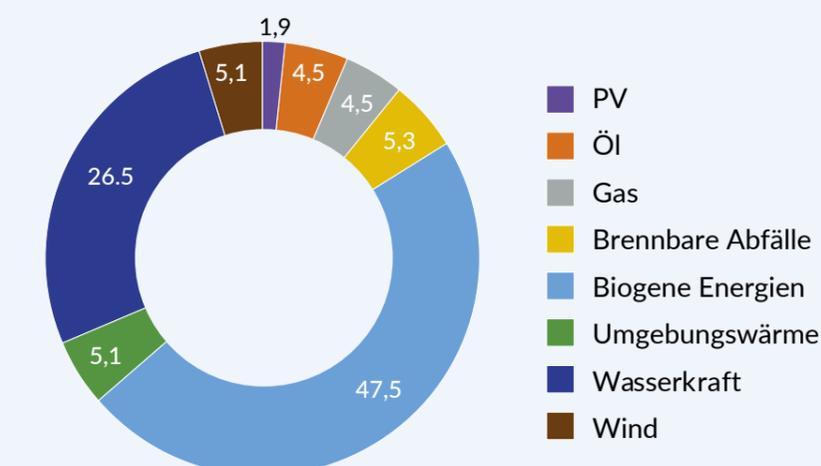


GRAFIK DES MONATS

Die in Österreich erzeugte Energie stammte 2021 zu 85 Prozent aus erneuerbaren Quellen. Die heimische Energieerzeugung ist weiterhin von einer starken Reduktion fossiler Energien und einem kräftigen Wachstum bei erneuerbaren Energien geprägt. Österreich hat sich zum Ziel gesetzt,

im Jahr 2030 100 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energien zu produzieren. International betrachtet lag der Anteil Österreichs an der gesamten EU-Primärenergieerzeugung bei 2,2 Prozent und an der Erzeugung erneuerbarer Energie in der EU bei 4,5 Prozent.

Brutto-Stromerzeugung in Österreich nach Erzeugungsquelle in Prozent (2021)



Quelle: BMK

ZAHL DES MONATS

42

Die EU hat 42 Handelsabkommen mit 74 Ländern geschlossen und verfügt damit über das weltweit größte Netz solcher Partnerschaften. Die Warenexporte der EU-Länder über diese Partnerschaften überschritten 2021 zum ersten Mal die Schwelle von einer Billion Euro.

Eine offene Handelspolitik ist wesentlicher Bestandteil der Attraktivität Europas als Standort für Unternehmen und Investitionen. In der EU-Handelspolitik sollte es nicht nur um eine Vertiefung nach innen, also eine Weiterentwicklung des Binnenmarktes, sondern auch um eine weiterhin ambitionierte Außenhandelsagenda gehen.



Fußball am internationalen Wirtschaftsparkett

Mit "Sports & Economics", dem IV-WM-Studio, begleitete die Industriellenvereinigung die Fußball-WM mit einem innovativen Videoformat aus ökonomischer Perspektive.

Wäre Europa eine wirtschaftspolitische Fußballmannschaft, dann würde die Aufstellung wohl so aussehen: in der Offensive mit innovativen Produkten, hoher Servicequalität und Erfolg auf internationalen Märkten. Im Mittelfeld wachsen Herausforderungen durch die demografische Alterung und durch einen Fachkräftemangel, der zunehmend zu einem Arbeitskräftemangel wird. Die Verteidigung der Fußballmannschaft der europäischen Wirtschaft hat derzeit alle Hände voll mit hohen Energiepreisen und Lieferkettenproblemen. "Und unser Torwart ist derzeit damit beschäftigt, den größten wirtschaftspolitischen Unfug zu verhindern", sagt IV-Chef-

ökonom Christian Helmenstein in "Sports & Economics – dem IV-WM-Studio" und meint damit augenzwinkernd die Industriellenvereinigung. Mit dem WM-Studio hat die IV erstmals eine Fußball-WM aus ökonomischer Sicht durch ein junges, innovatives Videoformat begleitet und damit einen Erfolg gelandet: Allein die erste Folge von insgesamt sieben und zwei Specials hatte mehr als 10.000 Zuseher auf Social Media und einer eigens dafür eingerichteten Website.

Gäste aus Wirtschaft, Politik und Sport Medial begleitet wurde das IV-WM-Studio durch eine Partnerschaft mit dem Kurier, denn Ziel der Show war es auch, wichtige Fragen der Weltwirtschaft und

wirtschaftspolitische Themen für ein breites Publikum interessant aufzubereiten.

Fußball und Unternehmertum haben viel gemeinsam: Es geht um strategisches Denken, Teamgeist, Durchhaltevermögen, Freude an der Leistung und um fairen Wettbewerb in einer internationalen Gemeinschaft. Die wirtschaftliche Bedeutung der Weltregionen der WM-Teilnehmerländer und die ökonomische Bedeutung sportlicher Großereignisse analysierten Helmenstein und IV-Moderatorin Sara Grasel gemeinsam mit Gästen wie Sportminister und Vizekanzler

Werner Kogler, Sigi Menz (stv. Aufsichtsratsvorsitzender, Ottakringer Getränke AG), Andreas Ivanschitz (Ausbildungsmanager, First Vienna Football Club), Claudia Plakolm (Staatssekretärin für Jugend und Zivildienst), Rodrigo Diehl (CEO, Magenta Telekom), Monika Köppl-Turyna (Direktorin, EcoAustria), Marcus Grausam (CEO, A1 Telekom Austria AG), Manuel Ortlehner (Sportdirektor FK Austria Wien) gemeinsam mit anderen.

WEBTIPP

Alle Folgen von "Sports & Economics – das IV-WM-Studio" unter: industriellenvereinigung.at/sports-and-economics



Maria Schmidt-Iankova (IV) und Claudia Plakolm (Jugendstaatssekretärin)



Sara Grasel (IV)



Christian Helmenstein (IV)



Andreas Ivanschitz (First Vienna FC 1894)



Rodrigo Diehl (Magenta)



Marcus Grausam (A1 Telekom Austria) und Marlena Mayer (IV)



Sigi Menz (Ottakringer) und Dominik Futschik (IV)



Energiekosten: Auf der Suche nach den richtigen Antworten

Die Energiepreise bringen Unternehmen in ganz Europa unter Druck – nationale Regierungen suchen verzweifelt nach Antworten.

Die anhaltende Situation steigender Energiepreise ist für Unternehmen dramatisch: Die Preisspitzen auf den Spot-Märkten in diesem Jahr sind rekordverdächtig. Zeitweise erreichte der Gaspreis Höhen von über 300 Euro, der Strompreis kletterte über die 600-Euro-Marke. Die Konsequenzen dieser Extremsituation führen von massiven Einbußen in der Profitabilität über Verlust der Innovations- und Wettbewerbskraft teilweise bis zur Existenzgefährdung. Die Rufe aus der Industrie werden angesichts der Lage lauter und zahlreicher: „Rasche Maßnahmen sind erforderlich, um unseren Industriestandort abzusichern“, so ein Unternehmen aus der Stein- und Keramikindustrie in einer aktuellen Mitgliederbefragung der IV.

Wettlauf der nationalen Unterstützungsleistungen

Auf europäischer Ebene bleiben Forderungen nach Lösungen und Maßnahmen zur Abfederung auch nach neun Monaten unbeantwortet. Folglich suchen Mitgliedsstaaten nach eigenen Antworten und schütten durch Ad-hoc-Aktionen Hilfen

„Es ist dringend notwendig, den Strompreis vom Gaspreis zu entkoppeln. Sonst droht ein Wirtschaftscrash.“

Textilindustrie

in Milliardenhöhen aus. Das Beratungsunternehmen EY hat die nationalstaatlichen Abfederungsversuche im Auftrag der Industriellenvereinigung untersucht: „Die Studie zeigt deutlich den Wettlauf der nationalen Unterstützungen, den wir gerade in einem eigentlich vereinten Europa erleben“, kommentiert Georg Knill, Präsident der Industriellenvereinigung, die Ergebnisse. Zuschüsse und steuerliche Maßnahmen erfreuen sich dank ihrer raschen, unbürokratischen Umsetzbarkeit großer Beliebtheit. Sie werden trotz der hohen Kosten und Gefahr des „Gießkannenprinzips“ oft für kleinere Gewerbe wie Supermärkte, Agrarsektor, Selbstständige und Start-ups angewendet.

Auch Preisdeckel-Modelle gewinnen dank der langfristigen Orientierung und der branchenunabhängigen Durchschlagskraft zunehmend an Bedeutung: Sie haben indirekt für Industrie und Unternehmen besonders über die Maßnahmen auf der iberischen Halbinsel Eingang gefunden.

Deutscher Doppel-Wumms erhöht Druck auf heimische Industrie

Gerade die jüngsten deutschen Pläne zu einem Gas- und Strompreisdeckel für Unternehmen und Haushalte ab dem kommenden Jahr bereiten der österreichischen Industrie große Sorgen, denn durch den deutschen „Doppel-Wumms“ wächst der Kostennachteil bei Strom für österreichische Großverbraucher gegenüber deutschen Mitbewerbern bis auf das 3,5-fache des zu erwarteten Kostennachteils. Das bringt die heimischen Unternehmen zusätzlich unter Druck: In einer von der IV durchgeführten Blitz-Umfrage gab jedes zweite der über 200 befragten Unternehmen an, derzeit noch über Bestandsverträge für Energielieferungen zu verfügen. Davon läuft jedoch die Hälfte der Verträge binnen der kommenden drei Monate aus. Anfang des nächsten Jahres ist daher eine dramatische Verschlechterung der Wettbewerbssituation für die österreichischen Unternehmen zu erwarten, durch auslaufende Bestandsverträge einerseits und zusätzlichen Druck durch den Gas- und Strompreisdeckel in Deutschland andererseits.

Was es jetzt braucht: rasche Antworten

Was die österreichische und europäische Industrie jetzt braucht, ist ein nationales Instrument, das in seiner Wirkung gleichwertig mit dem deutschen Energiepreisdeckel ist. Für die Industriellenvereinigung steht dabei außer Streit, dass eine solche Maßnahme, die erhebliche Budgetmittel erfordert,

zeitlich zu befristen ist, auch wenn man sich in dieser Hinsicht an Deutschland orientieren müssen. „Denn jetzt werden Investitionsentscheidungen für die Zukunft getroffen und damit die Weichen für die Gestaltung unseres Industriestandorts in fünf oder zehn Jahren gestellt. Diese Wahl kann aktuell leider kaum auf Österreich fallen“, mahnt Knill.

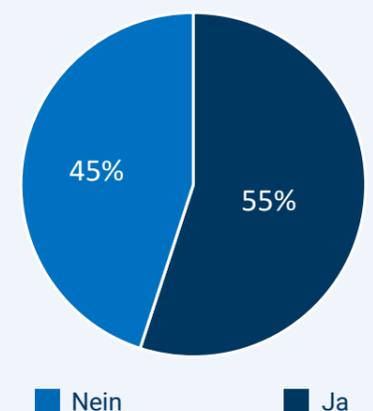
„Mit den auslaufenden Terminabsicherungen im Energiebereich wird sich unsere Energieintensität von derzeit 10 Prozent mehr als verdoppeln.“

Eisen/NE-Metallindustrie

Wie herausfordernd ist derzeit die Energiekostensituation für Ihr Unternehmen? (in Prozent, n=209 Industriebetriebe)



Verfügt Ihr Unternehmen noch über Bestandsverträge für Energielieferungen?



AKTUELLES IN KÜRZE

Schasching-Preis verliehen

Mit wem darf man Geschäfte machen? Was ist die moralische Verantwortung der Unternehmen in Zeiten geopolitischer Krisen? Mit dieser aktuellen Fragestellung setzen sich Maximilian Pointner, Vorstandsdirektor Allgemeine Sparkasse OÖ Bank AG und Lukas Kaelin, KU Linz, mit Markus Scholz von der TU Dresden bei einer spannenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Furche-

Chefredakteurin Doris Helmberger-Fleckl im Rahmen der Verleihung des Pater Johannes Schasching SJ-Preises, auseinander. Der Preis für wissenschaftliche Arbeiten, die den Dialog von Wirtschaft mit Ethik und Religion fördern, ist mit insgesamt 7.500 Euro dotiert und wurde bereits zum 14. Mal von der IV gemeinsam mit der katholischen Privatuniversität Linz und dem Forum Christlicher Führungskräfte vergeben.

KATEGORIEN UND PREISTRÄGER

Dissertationen und Habilitationen

Dr. Nils Kruse für seine Dissertation „How does Corporate Social Performance affect (prospective) employees? An experimental Investigation“

Bachelor- und Masterarbeiten, Diplomarbeiten, Projektarbeiten

Elisabeth Steiner, MMMMA, BA: Titel der Arbeit „Frauen in der katholischen Kirche“

Zeitschriftenbeiträge, Essays

Mag. Julia Feldbauer, BEd, für ihr Essay „Einblicke in eine jüdische Wirtschafts- und Unternehmensethik: Grundlegende Prinzipien und Werte?“

Arbeiten in der Größenordnung von Seminararbeiten

Mag. Daichi Okawa mit der Arbeit über kostenlose Evangeliumsverkündigung.

Mayer-Gunthof-Exzellenzstipendien

Die Dr.-Franz-Josef-Mayer-Gunthof-Stiftung hat anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens heuer drei Exzellenzstipendien vergeben. Mit den Stipendien werden Studien zur Kompetenzbeschaffung und Vertiefung der jeweiligen fachlichen Fremdsprachenkenntnisse an internationalen Spitzeninstituten in Bildung, Wissenschaft und Forschung unterstützt. Der Appell dabei lautet: „Hunting for Excellence!“

Exzellenz soll in Österreich stattfinden und aus dem Ausland nach Österreich gebracht werden. Franz Josef Mayer-Gunthof war als Mitbegründer und langjähriger Präsident der Industriellenvereinigung eine der Schlüsselfiguren für die Vertretung der österreichischen Industrie in der Zweiten Republik. Die Stiftung will zur Entwicklung von industrierelevanten Zukunftsthemen beitragen. Der erste Platz geht 2022 an Oliver Mörth-Teo für seine Dissertation zu Batterien von Elektro-Fahrzeugen an der TU Graz. Der zweite Platz geht exaequo

an Stefan Kohlgrüber (Management Center Innsbruck) und Manuel Woschank (Montanuniversität Leoben).



DIE LICHTBLICKE DES JAHRES 2022

Junge Talente, Innovation, grüne Transformation: Im Jahr der multiplen Krisen gab es auch gute Nachrichten.

2022 wollte ein gutes Jahr werden. Nach mehr als zwei Jahren Pandemie ein erstes Aufatmen: Aufschwung, Aufbruchsstimmung, Bekanntheitsmaß kam es anders. Dass Russland tatsächlich in die Ukraine einmarschiert, wurde lange

für unwahrscheinlich gehalten. Passiert ist es trotzdem und kaum jemand hätte zu diesem Zeitpunkt gedacht, dass der Krieg diese Ausmaße menschlichen Leids und wirtschaftlicher Folgen annehmen würde. Beinahe im

Wochentakt trübten sich im Laufe des Jahres die Konjunkturaussichten ein. Inflation, Energiepreise – es sind unangenehme Werte, die stetig steigen. Bei all dem Schatten kann man sie leicht übersehen: die guten Nachrichten.

Die Lohnnebenkosten konnten – auch durch Initiativen der IV – seit 2014 kumuliert um 1,25 Prozent gesenkt werden.

Land der Talente

In Österreich herrscht beinahe Vollbeschäftigung. Ende Oktober 2022 waren rund 319.000 Personen beim AMS als arbeitslos oder in Schulung registriert – laut AMS die niedrigste Oktoberarbeitslosenquote seit 14 Jahren. So erfreulich das ist, es hat auch eine Schattenseite, die fast alle Unternehmen spüren: Wir haben zu wenige Arbeitskräfte. Besonders deutlich wird das bei den Lehrlingen. Den knapp 10.500 sofort verfügbaren offenen Lehrstellen standen im Oktober etwa 7.000 Lehrstellensuchende gegenüber.

Die gute Nachricht ist aber, dass es gerade bei den Lehrlingen zuletzt wieder einen guten Anstieg gab – bei den Neueinsteigern in die duale Berufsausbildung lagen die Zahlen zuletzt sogar über dem Niveau vor der Pandemie. 32.405 junge Menschen haben von Jänner bis Ende Oktober 2022 eine Lehrausbildung begonnen – um 7,8 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Einzelne

Branchen verzeichneten sogar zweistellige Zuwächse, etwa der Tourismus mit plus 26 Prozent oder Industrie, Banken, Versicherungen und IT mit je plus 33 Prozent. Um den positiven Trend aufrechtzuerhalten, hat das Wirtschaftsministerium für das kommende Jahr das Budget für die Lehre um 40 auf 270 Millionen Euro aufgestockt.

Und auch sonst gab es für den geplagten Arbeitsmarkt gute Entwicklungen: Die "Kindergartenmilliarde" (15a-Vereinbarung) soll die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessern und bringt in den nächsten fünf Jahren deutlich mehr Budget für einen besseren Betreuungsschlüssel und längere Öffnungszeiten. Die Reform der Rot-Weiß-Rot-Karte ist ein erster Schritt, um qualifizierte Zuwanderung nach Österreich zu erleichtern und bereits im Vorjahr ist außerdem das Antrittsalter bei Pensionen gestiegen –im Schnitt vorerst nur um ein

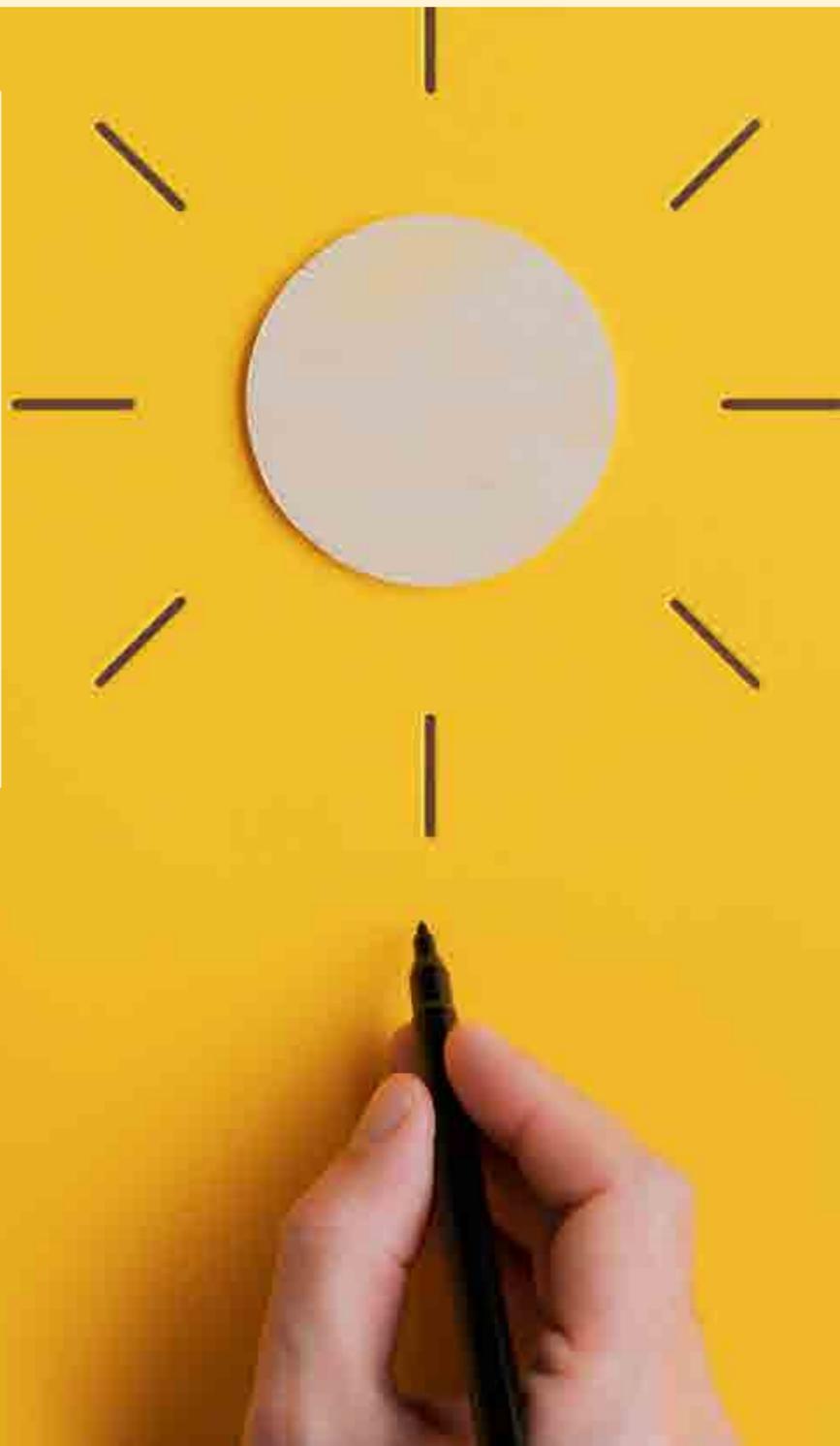
halbes Jahr, aber auf jeden Fall die richtige Richtung nach Jahren der Stagnation.

Auch auf der Seite der in Österreich nach wie vor vergleichsweise hohen Arbeitskosten hat sich etwas getan: die Lohnnebenkosten konnten – auch durch Initiativen der IV – seit 2014 kumuliert um 1,25 Prozent gesenkt werden. Der wohl größte Wurf heuer war aber die Abschaffung der kalten Progression, die für die Menschen bis 2026 eine Entlastung in der Höhe von insgesamt 16,5 Milliarden Euro bringt und das Zeug hat, am Arbeitsmarkt zusätzliche Potenziale zu wecken – eine langjährige Forderung der IV ist damit endlich umgesetzt. Die IV präsentierte im Herbst darüber hinaus ein umfangreiches Maßnahmenpaket unter dem Titel "Leistung muss sich (wieder) lohnen", mit dem es noch besser gelingen würde, ungehobene Potenziale am Arbeitsmarkt zu nutzen.

Energieturbo

Die Energiekrise bringt österreichische und europäische Unternehmen in eine dramatische Situation für die es dringend temporäre Maßnahmen auf nationaler und europäischer Ebene braucht. Bei all dem Schatten gibt es im Bereich Energie und Klima heuer aber auch gute Nachrichten: Unter dem Druck der hohen Kosten und der Aussicht auf Lieferausfälle ist es Österreich in wenigen Monaten gelungen, die Abhängigkeit von Gas aus Russland von rund 80 Prozent auf rund 20 Prozent zu reduzieren. Noch besser ist natürlich die zumindest mittelfristige Reduktion der Abhängigkeit von Gas, egal welcher Herkunft: Etwa durch die Wasserstoff-Strategie, die heuer auf den Weg gebracht wurde und den Aufbau von Elektrolyseanlagen in der Größenordnung von einem Gigawatt vorsieht. Die Transformationsoffensive der österreichischen

Regierung unterstützt die grüne und digitale Transformation der heimischen Industrie mit 5,7 Milliarden Euro bis 2030. Die Pflöcke für die finanzielle Absicherung dieser Investitionen in die Zukunft sind damit eingeschlagen – jetzt müssen die Rahmenbedingungen geschaffen werden, damit wir rasch ins Tun kommen können. Dazu braucht es natürlich auch eine Menge erneuerbarer Energie, deren Ausbau durch eine Beschleunigung der Verfahren auch in Österreich bald einfacher werden dürfte. 2021 haben Wind und Solar übrigens erstmals gemeinsam die Marke von zehn Prozent der globalen Energieproduktion überschritten. Zehn Jahre davor waren es weniger als ein Prozent, den die beiden erneuerbaren Energieträger ausgemacht haben. In Europa stammt heuer gar bereits ein Viertel der Elektrizität aus Solar- und Windkraft.



Bei der Entwicklung neuer Produkte und Innovationen sind Österreicher jedenfalls unter den Top-Nationen.

Made in Austria

Als Exportnation ist Österreich zu Recht stolz darauf, dass heimische Leistungen weltweit geschätzt werden. Heuer ist das Schlaglicht internationaler Aufmerksamkeit ganz besonders auf unsere wissenschaftliche Leistung gefallen: mit der Verleihung des Nobelpreises an den renommierten Quantenphysiker Anton Zeilinger. Das gute Image österreichischer Leistungen und Produkte ist ungebrochen, wie auch die positive Entwicklung des Außenhandels heuer wieder deutlich zeigte. In den ersten acht Monaten des Jahres ist der Gesamtwert der Exporte im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 18,1 Prozent auf 126,19 Milliarden Euro gestiegen.

Die Nachfrage nach österreichischen Gütern auf internationalen Märkten ist also hoch – ein guter Moment, um die Handelsbeziehungen mit gestärkten Partnerschaften und neuen Abkommen weiter auszubauen. Bei der Entwicklung neuer Produkte und Innovationen sind Österreicher jedenfalls

unter den Top-Nationen, wenn man einen Blick auf das European Innovation Scoreboard der europäischen Kommission wirft. Österreich hat sich in Bezug auf geistiges Eigentum heuer auf den ersten Platz in der EU katapultiert. Kein anderes Land in der EU meldet gemessen am BIP so viele Patente, Marken und Designs an. Insgesamt landete Österreich auf einem soliden Platz acht und findet sich damit in der Gruppe der "Strong Innovators".

"Made in Austria" war heuer auch eine ungebrochene Solidaritäts- und Unterstützungswelle der heimischen Gesellschaft und Unternehmen für Menschen aus der Ukraine. Alleine über die von der IV ins Leben gerufene Aktion "Industrie hilft" sind bereits mehr als sechs Millionen Euro an Geldspenden zusammengekommen, zahlreiche Betriebe haben Sachspenden geleistet und Unterkünfte für durch den Krieg Vertriebene bereitgestellt.

Musterschüler

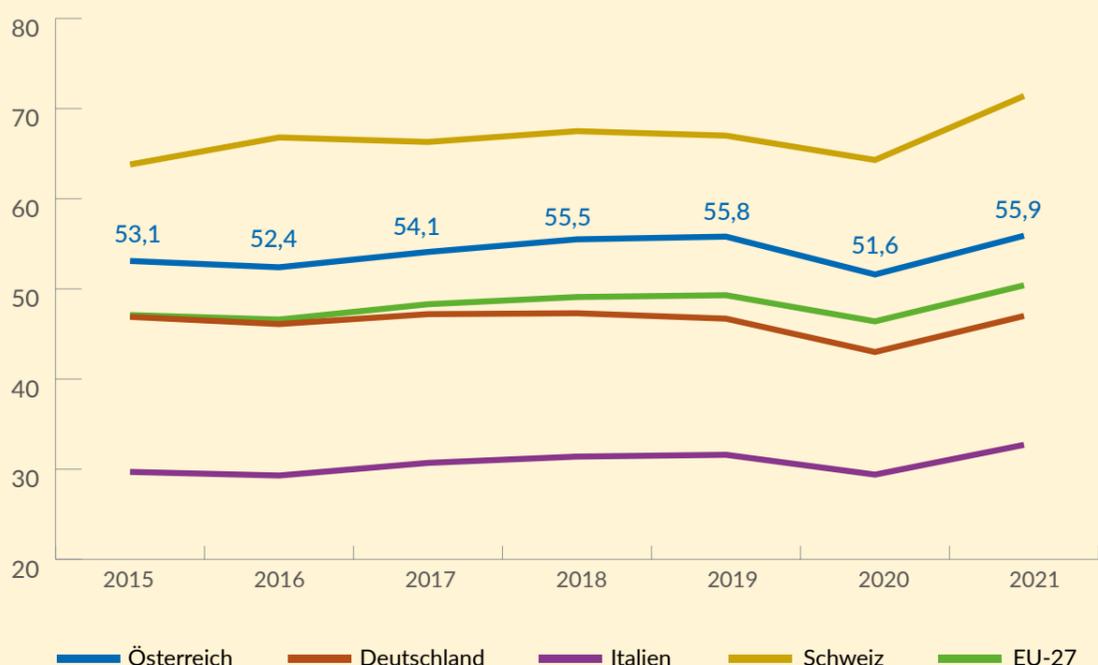
Investitionen in Bildung sind immer Investitionen in eine bessere Zukunft. Gerade hinsichtlich der Digitalisierung und MINT ist in diesem Bereich heuer einiges gelungen: Mit dem aktuellen Schuljahr startete 2022 an den Mittelschulen und AHS-Unterstufen das neue Schulfach "Digitale Grundbildung", in dem es um den richtigen Umgang mit digitalen Medien geht. Die IV unterstützt die MINT-Bildung als Partner erster Stunde auch die neu ins Leben gerufene MINTality Stiftung, die sich dafür einsetzt, junge Menschen und vor allem Mädchen für diese Fächer zu begeistern, ihr Interesse zu wecken und dieses bis zur Berufsentscheidung aufrechtzuerhalten.

Die Schullehrpläne werden grundsätzlich

überarbeitet und Wirtschaftsthemen stärker in den Unterricht integriert. Das Schuljahr 2023/24 soll schließlich noch mehr vernetztes Unterrichten bringen, mehr Wirtschaftsinhalte in Geografie und Wirtschaftsbildung sowie das neue Fach "Technik & Design". Die IV hat bereits heuer gemeinsam mit der Stiftung Wirtschaftsbildung ein Pilotprojekt zur Wirtschaftsbildung an 30 Schulen gestartet, 30 weitere folgen nächstes Jahr. Die Kinder und Jugendlichen lernen sich als Teil der Wirtschaft und die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft zu begreifen. Auf wirtschaft-erleben.at werden Unterrichtsmaterialien für alle Schulen in Österreich kostenlos angeboten, das Angebot wird stetig erweitert und verbessert.

Kinder und Jugendlichen lernen sich als Teil der Wirtschaft und die Wirtschaft als Teil der Gesellschaft zu begreifen.

Exportquoten in % des BIPs



IV-Bildungsarena: Lösungen für den Lehrkräftemangel

In den nächsten Jahren geht jede fünfte Lehrperson in Pension. Was braucht es, um wieder mehr Menschen für den Beruf zu begeistern?

Engagiert, gut ausgebildet, motiviert und motivierend: So beschreibt die IV Pädagogen der Zukunft. Aktuell belastet der wachsende Mangel an gut ausgebildeten Lehrkräften das österreichische Bildungssystem. In den nächsten Jahren geht jede fünfte Lehrperson in Pension. Weitere wechseln in Teilzeitmodelle oder in andere Branchen. Die Zahl der nachkommenden Junglehrer und Elementarpädagogen kann die Lücke nicht mehr schließen. Es braucht daher rasche und zielgerichtete Maßnahmen, um mehr Menschen für pädagogische Berufe zu gewinnen.

Bei der Bildungsarena, einer Veranstaltungsreihe, von der IV in Kooperation mit Neustart Schule wurde diskutiert, wie der dringende Mangel an Pädagogen gelöst werden kann. Einigkeit am Podium bestand darin, dass es mehr Unterstützung der Lehrkräfte durch multiprofessionelle Teams an der Schule braucht, damit sie sich wieder auf ihre Kernkompetenz fokussieren können.

Außerdem wurde ein Mehrbedarf an Praxis im Rahmen der "PädagogInnenbildung

NEU" festgestellt. Auch das BMBWF will mit der kürzlich gestarteten Kampagne „Klasse Job“ neue Zielgruppen für den Beruf ansprechen.

Das Leitbild der IV für Elementarpädagogen umfasst drei wesentliche Lösungsansätze:

- Professionalisierung des Berufs vorantreiben: Die Herausforderung an das Berufsprofil sind durch die Krisen unserer Zeit gewachsen. Die Aus- und regelmäßige Weiterbildung der Pädagogen muss bei der Vermittlung moderner Inhalte und Methoden mithalten können.
- Image verbessern: Pädagogen leisten einen wertvollen Beitrag für die Entwicklung der Gesellschaft. Als Architekten der Zukunft spielen sie in allen Bildungseinrichtungen eine Schlüsselrolle für die Qualität des Bildungssystems und damit in der Entwicklung der Gesellschaft und des Wirtschaftsstandorts Österreich. Dieses positive Bild muss deutlicher und wertschätzend in der Öffentlichkeit kommuniziert werden.
- Finanzielle, personelle und pädagogische Schulautonomie: Zukunftsszenarien aus IV-Sicht sind ein neues, flexibles

Arbeitszeitmodell ebenso wie ein offener Arbeitsmarkt mit Ein-, Aus- und

Umstiegsszenarien für die pädagogischen Berufe.

IV vergibt MINT-Stipendium für High-Potentials aus Ukraine

Die Industriellenvereinigung vergibt drei mit jeweils 5.500 Euro dotierte einjährige Stipendien, um vom Krieg vertriebene High-Potentials aus der Ukraine bei ihrem MINT-Studium in Österreich zu unterstützen. Da die Begabungsförderung in der Ukraine traditionell fester Bestandteil des Bildungssystems ist, soll im Rahmen des Stipendiums auch der Transfer von Kompetenzen im Bereich der Begabungsförderung vom ukrainischen in das österreichische Bildungssystem ermöglicht werden. Zu diesem Zweck werden die Stipendiaten in Zusammenarbeit mit Michael Eichmair von der Universität Wien, eigene Workshops gestalten, um wissenschaftlich interessierte, Schüler der Sekundarstufe II in MINT-Fächern zu fördern. Bewerben können sich

MINT-Studierende mit exzellenten Ergebnissen bei Wissenschaftswettbewerben und einem Alter von bis zu 25 Jahren bis einschließlich 9. Jänner 2023 per Mail an bg@iv.at

Alle Kriterien und Informationen unter:



BioNTech-Co-Founder: Risikokapital für Spin-offs begünstigen

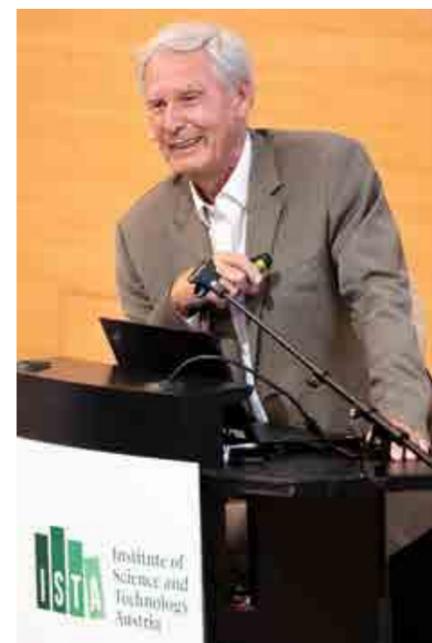
Christoph Huber hat das Pharma-Unternehmen BioNTech mitgegründet und weiß, was es braucht, damit in Österreich mehr Spin-offs gegründet werden.

Liefert die Forschung bahnbrechende Ergebnisse, braucht es einen weiteren wichtigen Schritt, wenn diese auch wirksam werden sollen – nämlich den in die Welt der Unternehmen. Wenn es um Forschung für Krebspatienten geht, nennt Christoph Huber das: "translating science into survival", also die Wissenschaft in den Dienst des Überlebens zu stellen.

Der gebürtige Österreicher hat 2008 gemeinsam mit Ugur Şahin und Özlem Türeci

BioNTech gegründet, das auf Krebsimmuntherapie spezialisiert ist und in der Corona-Pandemie durch die Entwicklung eines Covid-Impfstoffs berühmt wurde. Der Traum sei immer gewesen, Menschenleben zu retten, denn: "Wir sind alle zuerst Ärzte und dann Forscher und Unternehmer", sagt Huber im Gespräch mit den iv-positionen am Rande des Science Industry Talks des Forschungsinstituts ISTA und der Industriellenvereinigung. Deshalb sei der Schritt von der universitären Forschung ins Unternehmertum für ihn "unvermeidbar" gewesen.

Ein Schritt, der in Österreich noch nicht selbstverständlich ist. Im Gegenteil, wenn es um akademische Spin-offs geht, hat Österreich Nachholbedarf. Huber sieht dafür mehrere Gründe, der vielleicht wichtigste sei aber die frühe Erziehung: "Innovation und Wissenschaft sind in unserer Kultur nicht positiv besetzt. Man muss schon kleinen Kindern begreiflich machen, dass Wissenschaft im Anwendungsbereich hilft, die Probleme der Menschen zu lösen", so Huber. Eine Begeisterung dafür ist notwendig, damit man die vielen Hürden des Wegs von Spin-offs auf sich nimmt.



Darin fehle es europäischen Universitäten oft noch an Erfahrung, meint Huber: "Wie man Erfolge teilt, ist für Kooperationen immer entscheidend".

Große Pharmaunternehmen würden sich meist erst in einer späten Entwicklungsphase beteiligen. Für die klinische Validierung brauche es Risikokapital und hier könnte man mit steuerlichen Anreizen viel bewegen: "Wenn Österreich sich entschließen könnte, Risikokapital zumindest für gesellschaftsrelevante Themen zu begünstigen, dann ist das Kapital da", so der Unternehmer, der gemeinsam mit anderen Unternehmerpersönlichkeiten wie Hermann Hauser über VC-Fonds in Spin-offs investiert.

PHÖNIX-Gründungspreis an beste Start-ups und Spin-offs verliehen

Das Haus der Industrie bot heuer wieder die Bühne für die Verleihung des PHÖNIX-Gründungspreises an die besten Start-ups und Spin-offs des Landes. Der Preis wird in vier Kategorien vergeben und ging heuer an Karin Fleck (Vienna Textile Lab, Kategorie Female Entrepreneurs), TU Graz (Projekt

ElektroPower, Kategorie Prototyp), UpNano GmbH/TU Wien (Kategorie Spin-off), Myllia Biotechnologie GmbH (Kategorie Start-up).

„Start-ups sind ein Turbo, wenn es darum geht, Innovationen marktreif zu machen. Für die Industrie spielen sie daher eine wichtige Rolle im Innovationsprozess“, sagte IV-Generalsekretär Christoph Neumayer.

Risikokapital ist Knackpunkt

In Biotech und Pharma wird es kompliziert, sobald die universitäre Forschung an ihre Grenzen kommt. Denn um ein potenzielles neues Medikament am Menschen testen zu können, muss es zunächst hergestellt werden. Das geschieht in der Regel über einen Contract Manufacturer, der viel Geld kostet. Die Finanzierung sei an diesem Punkt ein Knackpunkt: Das musste Huber bei seiner ersten Firma erleben, bei der eine EU-Förderung teilweise platze und die Herstellung nicht mehr finanzierbar war. Immerhin konnte die IP in die nächste Firma gerettet werden.

Bei der Unternehmensfinanzierung über Risikokapital sei Europa noch weit hinten: "Die USA sind einfach kühner, haben pro Kopf fünfmal mehr Risikokapital und sind schon länger im Business", sagt Huber und weist darauf hin, dass in weiterer Folge auch viel Geld an akademische Einrichtungen zurückfließen kann, um den Prozess von Neuem starten zu können.



Pensionssystem nicht mehr tragbar

Der Bericht der Alterssicherungskommission zeigt auf alarmierende Weise, auf welch wackligen Beinen unser Pensionssystem steht.

Die Inflation wird Prognosen zufolge auch in den nächsten Jahren auf einem hohen Niveau bleiben. Aufgrund des gesetzlichen Automatismus bei der Pensionsanpassung ist daher mit steigenden Pensionen zu rechnen: Bereits jetzt muss der Staat die Lücke zwischen Pensionsbeiträgen und Auszahlungen in der gesetzlichen Pensionsversicherung mit rund 12 Milliarden Euro querfinanzieren. Den Prognosen der Alterssicherungskommission von Ende November nach soll diese Lücke bis 2027 auf 21 Milliarden Euro ansteigen. Rechnet man noch die Beamtenpensionen hinzu, die bereits jetzt rund elf Milliarden ausmachen, gibt das für 2027 einen Gesamtfinanzierungsbedarf für Pensionen von mehr als 30 Milliarden

Euro. Im Vergleich: Für Bildung geben wir zehn Milliarden Euro aus.

Sieht man sich jetzt die Staatseinnahmen von heute in Höhe von 86 Milliarden Euro an, ergibt das ein dramatisches Bild, denn bereits jetzt muss der Fiskus rund ein Viertel des gesamten Staatshaushaltes zum Füllen der Pensionslücke verwenden.

Für die zukünftige Finanzierbarkeit des Pensionssystems ist daher entscheidend, dass die Beschäftigungsentwicklung ähnlich stark ist und Staats- und Pensionsversicherungseinnahmen durch die steuer- und beitragszahlende Bevölkerung steigen. Aktuellen Wirtschaftsprognosen zufolge steuern wir hier allerdings auf ein Debakel zu:

Während die Pensionen inflationsbedingt automatisch höher werden, wird sich die gesamtwirtschaftliche Lage hingegen weiter zuspitzen immerhin steht eine Rezession im Raum.

Die Politik sollte dieses Problem längst erkannt haben und auf eine Pensionsreform hinwirken. Denkbar wäre etwa ein Umstieg auf ein generationengerechtes und vor allem beitragsorientiertes Pensionssystem. Zusätzlich braucht es in Zeiten von Fachkräftemangel und Arbeitskräftemangel ohnehin Anreize, wie man Menschen länger im Beruf halten kann. Ein Entfall der Beitragspflicht zur Pensionsversicherung bei Beschäftigung nach Erreichung des Regelpensionsalters wäre ein gangbarer Weg.



Optimistisch aus den Krisen

Das zu Ende gehende Jahr hat uns dramatisch gezeigt, wie schnell der Wohlstand in einem Land bedroht sein kann. Trotz allem sollten wir voller Tatendrang nach vorne blicken.

Seit Beginn der Corona-Pandemie im März 2020 ist es erheblich schwieriger geworden, positive Jahresrück- bzw. Ausblicke zu entwerfen. Die Dynamik in der Jungen Industrie macht einem dennoch Mut, optimistisch ins neue Jahr zu blicken.

Im vergangenen Jahr hat sich durch den russischen Angriffskrieg für die Unternehmer im Lande einiges verändert: Über Industriebetrieben, die auf den Rohstoff Gas angewiesen waren oder sind, hängt plötzlich das Damoklesschwert eines plötzlichen Lieferstopps seitens Russlands.

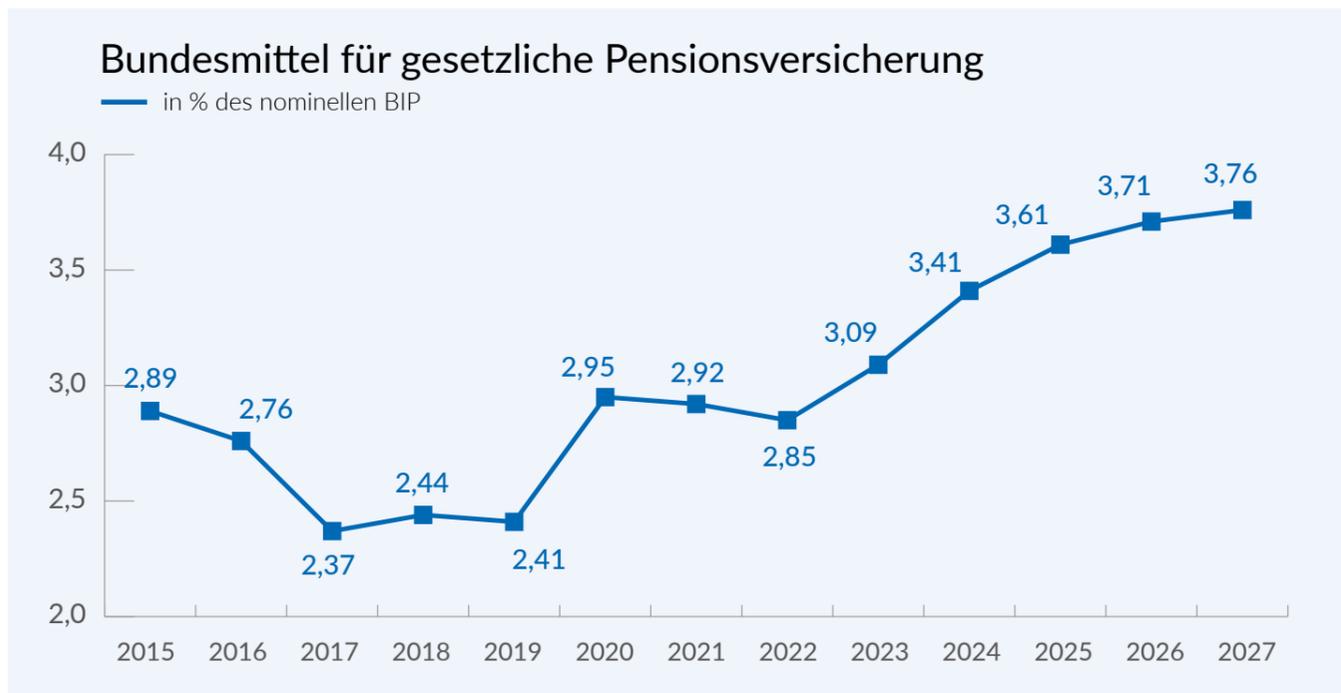
Nachdem sich in weiterer Folge die Strompreise vervielfacht haben, weitete sich das Bedrohungsszenario auf den Rest von Österreichs Unternehmenslandschaft sowie Privathaushalte aus. Gerade energieintensive Unternehmen befinden sich plötzlich in einer wirtschaftlichen Zwickmühle: Die Produktion an vielen Standorten droht nicht mehr rentabel zu sein, eine Abwanderung von Betriebsstätten steht im Raum. Eine solche Deindustrialisierung würde einen immensen Wohlstandsverlust bedeuten, es stehen enorm viele Arbeitsplätze auf dem Spiel. Jede Krise – so auch diese – geht allerdings auch mit Möglichkeiten und Chancen einher. Gerade wir als junge Unternehmer mussten, um am heimischen Markt bestehen zu können, immer schon innovativer und mutiger sein als die Konkurrenz – das kommt uns jetzt zugute, gerade wenn es darum geht, klimafreundliche Geschäftsmodelle zu entwickeln, herkömmliche Ansätze neu zu denken und neue Partnerschaften einzugehen.

Im vergangenen Jahr durfte ich bei der Jungen Industrie erleben, wie anpassungsfähig diese Generation sein kann. Im Rahmen von Betriebsbesichtigungen, Funktionärssitzungen über die Bundesländergrenzen hinweg, Bildungsreisen und nicht zuletzt der Bundestagung in Wien wurde ich regelmäßig von dem Tatendrang und Einsatz der JI-Mitglieder für den Standort Österreich begeistert. Der offene Zugang zu Innovation, der rege Austausch über Geschäftsideen und neue technische Entwicklungen empfinde ich in aktuellen Zeiten als besonders beeindruckend.

Diese Dynamik gibt einem Mut, optimistisch ins neue Jahr zu starten. Und ich bin einmal mehr überzeugt, wir sind Teil der Lösung der Krisen und nicht des Problems.

Ich möchte mich auf diesem Weg also bei allen Mitgliedern für ihren Einsatz und bei den Funktionären für die Zeit, die sie in die Junge Industrie investieren, ganz herzlich bedanken. Ich wünsche euch viel Erfolg für 2023.

Matthias Unger,
Bundesvorsitzender der Jungen Industrie



WELCOME ON BOARD

Willkommen Maximilian Nimmervoll

Der 36-jährige Maximilian Nimmervoll übernimmt den Vorstandsvorsitz der Jungen Industrie Wien. Maximilian vereint in seinen Tätigkeitsfeldern die New Economy mit der klassischen Industrie und Unternehmertum. Neben seiner Position als Gründer und CEO der DIAMIR Holding (www.diamir.io), einer Gruppe von Unternehmen in der Software-Entwicklung mit rund 150 Mitarbeitern, hat Maximilian im März 2022 gemeinsam mit seinem Schwager Johannes Kattus die Geschäftsführung in der Holding der

Johann Kattus GmbH übernommen und verantwortet die Bereiche Innovation und Digitalisierung. KATTUS ist mit 165 Jahren Österreichs älteste familiengeführte Sektorellerei mit Produktion und Lohnabfüllung in 1190 Wien.

Die Junge Industrie heißt Maximilian Nimmervoll herzlich willkommen: Wir freuen uns sehr auf die gemeinsame Zusammenarbeit. Dem bisherigen Vorsitzenden Nikolaus Griller danken wir vielmals für seinen unermüdlichen Einsatz!



IMPRESSUM

Herausgeber, Medieninhaber und Redaktion: Vereinigung der Österreichischen Industrie (Industriellenvereinigung), Schwarzenbergplatz 4, 1031 Wien, Tel.: 01/711 35-2308, E-Mail: positionen@iv.at, Homepage: www.iv.at, ZVR: 806801248, LIVR-Nr.: 00160, EU-Transparenzregister Nr.: 89093924456-06, Vereinszweck gemäß § 2 Statuten: Die Industriellenvereinigung (IV) bezweckt, in Österreich tätige industrielle und im Zusammenhang mit der Industrie stehende Unternehmen sowie deren Eigentümer und Führungskräfte in freier und demokratischer Form zusammenzufassen; ihre Interessen besonders in beruflicher, betrieblicher und wirtschaftlicher Hinsicht auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene zu vertreten und wahrzunehmen, industrielle Entwicklungen zu fördern, Rahmenbedingungen für Bestand und Entscheidungsfreiheit des Unternehmertums zu sichern und Verständnis für Fragen der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu verbreiten.

Chefredaktion: Sara Grasel, Lektorat: Barbara Oberrauter-Zabransky, Verantwortlich für den Inhalt: Christian Zoll, Joachim Haindl-Grutsch, Johannes Höhrhan, Sara Grasel, Marlena Mayer, Eugen Stark, Claudia Mischensky, Gernot Pagger, Ingrid Puschautz-Meidl, Michaela Roither, Irene Schulte. Für den Inhalt der letzten drei Seiten zeichnet die jeweilige Landesgruppe verantwortlich.

Grafik: Nina Mayrberger, Tom Matanovic, des21

Druck: BULU - Buchdruckerei Lustenau GmbH, 6890 Lustenau, Erscheinungsort: Wien, Offenlegung nach § 25 des Mediengesetzes: iv-positionen erscheint 10x jährlich in einer Auflage von 8.300.

Unternehmensgegenstand: Information zu industrie- und gesellschaftspolitischen Themen für Mitglieder der Industriellenvereinigung und Meinungsträger in Österreich. Siehe auch unter www.iv.at

Fotos (Cover bzw. Coverstory): AdobeStock, IV-Burgenland/Markus Bohrer, IV-Kärnten, IV-NÖ/NLK Filzwieser, IV-OÖ/Roland Pelzl, IV-Salzburg/Kolarik, IV-Steiermark/Science Garden/Raphael Nast, IV-Tirol/Maislinger/Schreier, IV-Vorarlberg/Land Vorarlberg, IV-Wien/Alexander Müller

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wird auf geschlechtsspezifische Endungen verzichtet. Die verwendeten Bezeichnungen beziehen sich auf alle Geschlechter gleichermaßen.





Die Industrie als Teil der Lösung

Die OÖ. Industrie ist Vorreiter in der ökologischen Transformation, viele weitere Schritte sind noch möglich. Damit die „Green Transition“ zur Chance für den Industriestandort Oberösterreich wird, identifizierte die IV-OÖ in einer Studie fünf Themenfelder und 30 betriebliche Ansatzpunkte.

Österreichs Energie-, Umwelt- und Klimapolitik war in den letzten Jahren teuer und ineffizient, vielfach realitätsfern oder ideologiegetrieben. Sie sei außerdem zu wenig technologieoffen und stärkenorientiert gewesen, erklärt dazu IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch: „Die IV mahnt seit vielen Jahren eine Energiepolitik mit Sachargumenten ein. Energiepolitik eignet sich nicht für Ideologie, weil die Physik kein Parteibuch kennt!“ Derzeit seien rund 20 Prozent vom gesamten Energieverbrauch elektrischer Strom. Durch die zusätzliche Elektrifizierung von Mobilität, Industrie und Heizungen werde der Strombedarf weiter stark zunehmen und damit der Ausbau der erneuerbaren Stromproduktion eine enorme Herausforderung.

Die aktuelle Energiekrise zeigt die Versäumnisse deutlich auf: Vom zu langsamen Ausbau von Wasser- und Sonnenkraft, der Strominfrastruktur und von Speichermöglichkeiten über die fehlende Forcierung alternativer Rohstoffe und neuer Technologien bis zu geringen Ambitionen für große Recycling- und Sektorkopplungslösungen. Der Krieg in der Ukraine hat eine Zeitenwende eingeleitet und bietet jetzt die Möglichkeit, viele Prozesse zu beschleunigen und manch veraltete Paradigmen über Bord zu werfen. „Es braucht raschere Genehmigungsverfahren und weniger Bürokratie, Technologieförderung statt -verhinderung, internationale

Kooperationen für umfassende grüne Energielieferungen und große Industrietransformationsprojekte“, so Haindl-Grutsch. Europa dürfe bei der Green Transition nicht den gleichen Fehler wie im IT-Bereich machen, dass Technologien in Europa entwickelt werden, das Geschäft aber andere Weltregionen machen.

OÖ. Industrie ist Teil der Lösung

Generell steht fest: Die OÖ. Industrie ist wesentlicher Teil der Lösung im Kampf gegen den Klimawandel und produziert im internationalen Vergleich bereits heute wesentlich klimaschonender als irgendwo sonst. Mit der Green Transition wartet nun eine Herkulesaufgabe. Aufgrund der aktuell

hohen Energie- und Rohstoffpreise stehen die Unternehmen vor einem bis dato nie dagewesenen Druck, Energie zu sparen, Emissionen zu senken und eine nachhaltigere Produktion zu gewährleisten. Zu den „Push-Faktoren“ zählen dabei all jene von Regierungen und Regulierungsbehörden formulierten Ziele zu CO₂-Reduktion und Nachhaltigkeit, etwa vorgegebene Recyclingquoten, aber auch Verschärfungen im Emissionshandel oder die Besteuerung von CO₂-Emissionen.

Die „Pull-Faktoren“ der Green Transition entstehen hingegen durch Endverbraucher und deren steigende Nachfrage nach umweltfreundlichen Produkten mit einem kleineren CO₂-Fußabdruck und einem nachhaltigen Image. Aber auch Unternehmenskunden aus dem B2B-Bereich setzen zunehmend auf nachhaltigere Liefer- und Wertschöpfungsketten. Auch Finanzinstitute und Investoren achten bei Finanzierungsentscheidungen zunehmend auf Nachhaltigkeitskriterien.

Enorme Bandbreite an Maßnahmen

Die ökologische Transformation stellt laut IV-OÖ-Vizepräsidentin Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß auch eine riesige Chance für den Standort dar: „Klimaschutz, Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand sind kein Widerspruch, sondern können nur eng aufeinander abgestimmt wirken. Für die Gestaltung der Green Transition steht den Unternehmen eine



„Energiepolitik eignet sich nicht für Ideologie, weil die Physik kein Parteibuch kennt!“

Joachim Haindl-Grutsch,
IV-OÖ-Geschäftsführer

enorme Bandbreite an Maßnahmen zur Verfügung.“ Hauptsächlich gehe es dabei um Elektrifizierung und Digitalisierung, was einerseits viel elektrische Energie und somit den Ausbau von Produktion und Infrastruktur erfordere, andererseits werden

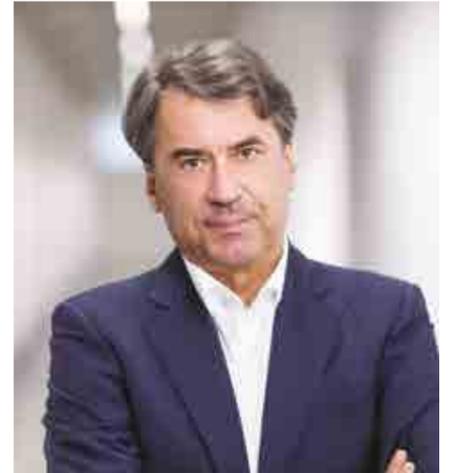
enorme Mengen an Halbleitern benötigt. Die Transformation müsse bewältigt werden, indem Produkte und Dienstleistungen in Europa hergestellt werden, wie Engelbrechtsmüller-Strauß betont: „Wir werden die Erde nicht retten, wenn die

Rahmenbedingungen in Europa das Produzieren verhindern und dadurch viel aus Ländern importiert wird, wo die Auflagen deutlich niedriger sind!“

Dazu kommt, dass nach der Abhängigkeit von russischem Erdgas weitere Abhängigkeiten drohen, etwa von China bei den Batterien für die Elektromobilität. Halbleiter kommen überwiegend aus Asien, aber auch die USA legen hier massive Förderprogramme auf.

Vielzahl an Maßnahmen

Insgesamt identifizierte die IV-OÖ in ihrer Studie fünf für die OÖ. Industrie entscheidende Themenfelder am Weg zu einer dekarbonisierten Wirtschaft: Elektrifizierung und die Nutzung erneuerbarer Energiequellen; eine weitere Steigerung der Energie- und Materialeffizienz; der Einsatz alternativer Rohstoffe sowie die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft. Es bestehe eine Vielzahl an Maßnahmen, mit denen Betriebe umweltfreundlicher und emissionsärmer wirtschaften könnten: „Sie erstrecken sich über das Produktdesign, die Beschaffung und den Einsatz von Produktionsmaterialien, effiziente Produktionsprozesse und Fabriken, neue Geschäftsmodelle, eine nachhaltige betriebliche Logistik und Mobilität bis hin zum Facility Management“, erklärt Engelbrechtsmüller-Strauß. Zur Orientierung definierte die IV-OÖ 30 betriebliche Ansatzpunkte in sechs Kategorien.



Rasch gegensteuern!

Die dramatischen Strompreis-Nachteile der heimischen Industrie sind im Wasserkraftland Österreich nicht mehr zu argumentieren und zerstören die Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandortes.

Seit dem Beginn des Ukraine-Krieges befindet sich die OÖ. Industrie im Auge des Taifuns. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat in weiten Teilen Europas eine Energiekrise verursacht und in weiterer Folge die Inflation explodieren lassen. Insbesondere der Standort Österreich droht aufgrund eines Totalversagens der Politik auf europäischer Ebene massiv an Wettbewerbsfähigkeit zu verlieren. Denn: Die Strompreise betragen hier nicht nur ein Vielfaches derer in anderen Weltregionen, sondern sie sind auch höher als in vielen anderen EU-Staaten.

Für unsere im internationalen Wettbewerb stehenden Betriebe ergeben sich daraus dramatische Nachteile bei den Stromkosten, die längst nicht mehr zu argumentieren sind. Denn mit knapp 80 Prozent erneuerbarer Stromproduktion und davon mehr als 60 Prozent aus Wasserkraft weist Österreich einen Spitzenwert in Europa auf, der nicht zu einem der höchsten, sondern zu einem der niedrigsten Strompreise in der EU führen müsste. Die gegenläufigen Entwicklungen beweisen, dass das Merit-Order-Prinzip in der aktuellen Krisensituation nicht funktioniert und vorübergehend für einen klar definierten Zeitraum angepasst werden muss.

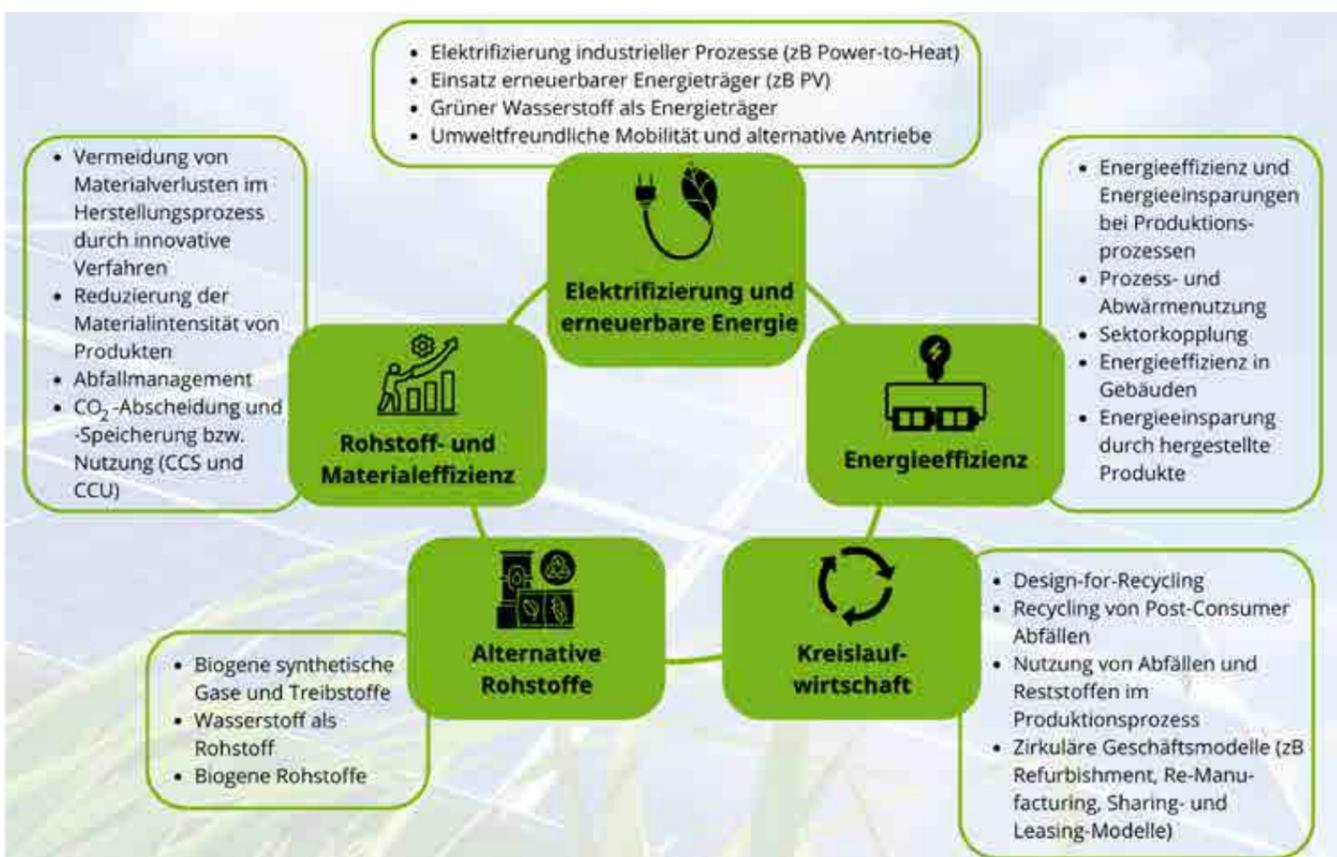
Mit der Strompreiskompensation und dem Energiekostenzuschuss versucht die österreichische Bundesregierung, der Bevölkerung und Unternehmen unter die Arme zu greifen. Diese Maßnahmen reichen aber bei weitem nicht aus und sind nur ein Pflaster auf eine offene Wunde. Was es tatsächlich braucht, ist eine Entkoppelung von Gas- und Strompreis. Wenn Deutschland wie soeben einen „Doppel-Wumms“ ankündigt und 200 Milliarden Euro für eine Gas- und Strompreibremse ankündigt, muss Österreich aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung mit Deutschland so rasch wie möglich nachziehen. Andernfalls drohen massive Wettbewerbsnachteile für die heimische Industrie, die zu nachhaltigen und vielleicht irreparablen Schäden für den Standort Österreich führen.

Ihr
Stefan Pierer,
Präsident der IV-Oberösterreich

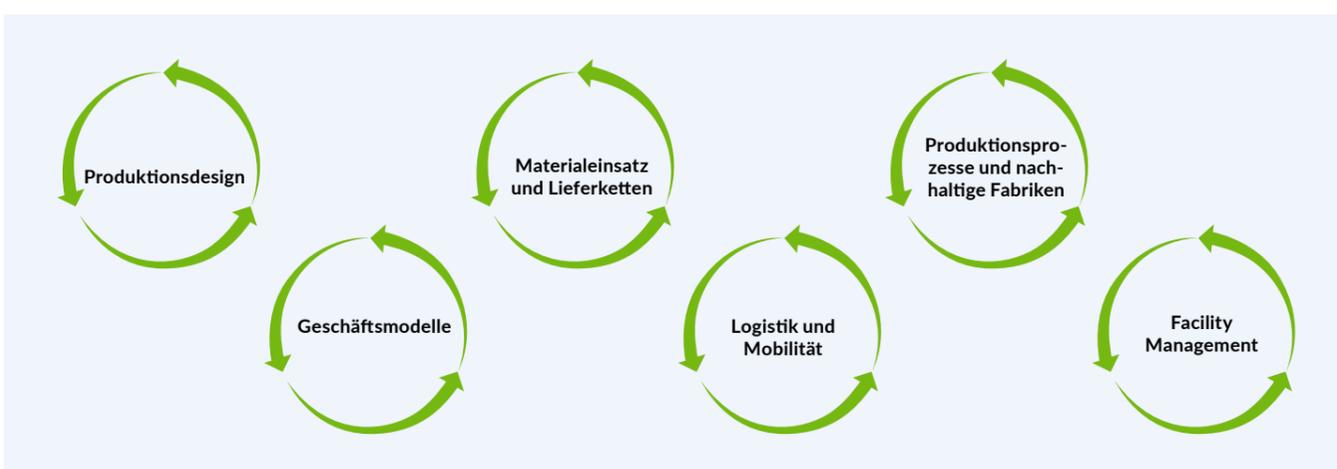


„Wir werden die Erde nicht retten, wenn die Rahmenbedingungen in Europa das Produzieren verhindern und viel aus Ländern mit deutlich niedrigeren Auflagen importiert wird!“

Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß,
IV-OÖ-Vizepräsidentin



Die Themenfelder der Green Transition in der Industrie



Betriebliche Ansatzpunkte der ökologischen Transformation



Freiwillige Mehrleistung belohnen

Energie- und Arbeitskräftekrise sind derzeit die größten Problemfelder der heimischen Industrie und standen auch beim traditionellen Advent-Empfang der IV-OÖ in der Linzer Brauerei im Mittelpunkt.

Das Jahr 2022 sei völlig anders verlaufen als es von der OÖ. Industrie erwartet wurde, erklärte IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer beim traditionellen IV-Advent-Empfang, der Ende November erstmals nach zweijähriger Corona-Pause wieder über die Bühne ging. „Nach zwei Jahren pandemiebedingter Einschränkungen gab es die Hoffnung auf ein starkes Wachstumsjahr mit weniger Problemen. Gekommen ist es leider völlig anders“, so Pierer im voll besetzten Veranstaltungssaal der Linzer Brauerei in der Tabakfabrik. Der Ukraine-Krieg habe eine Energiekrise verursacht, die Inflation explodieren lassen und zu einem Totalversagen der EU geführt: „Wenn man völlig richtige Sanktionen gegen Russland beschließt und umsetzt, muss man sich darauf vorbereiten, die Auswirkungen abzufedern. Genau das ist aber nicht passiert“, kritisierte der IV-OÖ-Präsident. Nun versuche jeder einzelne EU-Mitgliedsstaat, eine eigene, nationale Lösung für die Energiekrise zu finden.

Verlust der Wettbewerbsfähigkeit

Für Pierer stand damit fest, dass alles unternommen werden müsse, um die Wettbewerbsnachteile der heimischen Industrie zu reduzieren; dennoch müsse man sich in Österreich langfristig auf Energiekosten einstellen, die um das Zwei- bis Zweieinhalbfache über jenen vor der Energiekrise liegen. „Die Vereinigten Staaten kämpfen zwar ebenso wie Europa mit einer hohen und mittlerweile wieder abnehmenden Inflation, die Energiekosten sind dort aber weiterhin so niedrig wie vor der Energiekrise.“

Auch die indische Volkswirtschaft werde von den international höchst unterschiedlichen Energiepreisen massiv profitieren, lediglich die Zukunft Chinas sei schwer einzuschätzen. „China erlebt derzeit eine Zeitenwende“, erklärte Pierer, „die kommunistische Partei greift wieder massiv in

das Wirtschaftsgeschehen ein. Die Auswirkungen der Covid-Lockdowns und des geringen Wirtschaftswachstums werden wir auch im exportorientierten Europa zu spüren bekommen.“

Industrie braucht Planungssicherheit

Diese Einschätzung des IV-OÖ-Präsidenten teilte auch Standortlandesrat Markus Achleitner in seinem Statement und bezeichnete es als eine Blamage für die EU, dass sich die Energieminister am 24. November nicht auf einen Gaspreisdeckel einigen konnten: „Da nun Deutschland eine milliardenschwere Gas- und Strompreis-Bremse angekündigt hat, muss aufgrund der engen Verzahnung mit unserem wichtigsten Wirtschaftspartner auch Österreich rasch handeln. Auch wenn noch nicht klar ist, wie Deutschland diese Maßnahmen konkret umsetzen will, muss der Bund die entsprechenden Vorbereitungen treffen, um rasch handeln zu können“, betonte Achleitner.

Wertschöpfungsverlust durch Arbeitskräftemangel

Als zweites dominantes Thema für das Industrieland Oberösterreich sprach Pierer den massiven Arbeitskräftemangel an. „In den nächsten zwölf Jahren werden österreichweit rund 540.000 Fach- und Arbeitskräfte fehlen“, so Pierer, der erneut viel stärkere steuerpolitische Anreize forderte, „damit sich Leistung wieder lohnt in unserem Land: Den Wohlstand, den die letzten zwei Generationen mit Arbeit aufgebaut haben, erhalten und bauen wir nicht mit ‚Work-Life-Balance‘ aus, sondern nur mit Engagement und freiwilliger Mehrleistung bei entsprechender Entlohnung.“

Es müssten alle Potenziale am Arbeitsmarkt gehoben werden, damit die Industrie auch in Zukunft in Österreich investieren kann. „Unser Maßnahmenpaket enthält deshalb zehn schnell umsetzbare Maßnahmen. Sie



v.l.: IV-OÖ-Geschäftsführer Joachim Haindl-Grutsch, Standortlandesrat Markus Achleitner, Brau-Union-CEO Klaus Schörghofer und IV-OÖ-Präsident Stefan Pierer beim IV-Advent-Empfang



v.l.: Dr. Alexander Susanek, Gertrude Schatzdorfer-Wölfel, Robert Machtlinger und Elisabeth Engelbrechtsmüller-Strauß

gelten für Menschen im besten Erwerbsalter, die Überstunden leisten oder von Teilzeit in die Vollzeit wechseln wollen genauso wie für Personen, die weiterarbeiten, obwohl sie bereits das Regelpensionsalter

erreicht haben“, so Pierer, der abschließend betonte: „Unser Wohlstand lässt sich angesichts des anstehenden demografischen Wandels nur durch Mehrleistung und qualifizierte Zuwanderung erhalten!“